



Röttgen ante portas ...

Bundesumweltminister Norbert Röttgen erwartet eine wachsende Akzeptanz für längere AKW-Laufzeiten. Der CDU-Politiker rechnet mit nachlassendem Widerstand gegen die Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke.

Wie man sich täuschen kann - Wunschdenken bestimmt das Handeln des Umweltministers, kontert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Auf der Agenda der Anti-Atom-Bewegung stehen auch im Jahr 2011 eine Fülle von Kongressen, Veranstaltungen und Demonstrationen. Der nächste Castor-Transport nach Lubmin steht am 16. Februar auf der Agenda, 25 Jahre nach Tschernobyl wird für den Sofortausstieg demonstriert und im Herbst soll der nächste Castor-Transport nach Gorleben rollen, da verzieht sich kein Pulverdampf.

Zuvor darf Norbert Röttgen im Wendland wieder ein Bad in der Menge nehmen. Am 14. Februar wird er auf – diesmal nicht als Selbsteinladung, sondern auf Einladung des Kreistages Lüchow-Dannenberg - in Hitzacker mit der Forderung konfrontiert, Gorleben als Endlagerstandort aufzugeben. Wir müssen nicht nur die Wortverknüpfungen des Ministers, sondern auch seine Versprechungen korrigieren.

Röttgen sagte im WDR für den Standort Gorleben als mögliches Endlager für atomare

Abfälle erneut eine ergebnisoffene Prüfung zu. "Uneingeschränkt offen, und meine wichtigste Funktion in diesem Prozess ist, die Offenheit zu gewährleisten", betonte der CDU-Bundesvize. "Meine wichtigste Aufgabe ist, die Offenheit, die Unparteilichkeit von mir und den Verfahren zu gewährleisten, und dafür stehe ich, das garantiere ich", sagte Röttgen.

Die Trickereien, um in Gorleben scheinbar unter Ausschluss formaler Beteiligungsrechte ein atomares Endlager zu realisieren, verfangen nicht, dazu gehöre auch das "Dialog"-Angebot. Die Kombination von Ergebnisoffenheit und Festlegung passt nicht, der Dialog mutiert zum Dialog.

Die BI Umweltschutz zerpfückt dessen Dialogkonzept: **"Nur die dümmsten Kälber, wählen ihren Schlachter selber"**.

Wenn Norbert Röttgen (CDU) am 14. 2. erneut ins Wendland kommt, folgt er einer Einladung des Kreistages und wird sich auf einer öffentlichen Kreistagssitzung den Fragen der Kommunalvertreter stellen. Wir sind uns sicher, dass der CDU-Politiker diesen Auftritt nutzen wird, um sein Gorleben-Dialog-Konzept erneut aufzuwärmen. Im Dezember letzten Jahres hatten alle Widerstandsgruppen dem Minister einen Korb gegeben: Mit dem Slogan "Leere Versprechungen, leere Stühle" hatten sie eine Einladung Röttgens zu einem Gespräch ausgeschlagen.

In den letzten zwei Monaten hat sich der energiepolitische Kurs der schwarz-gelben Regierung und die Haltung zu Gorleben nicht verändert, das Dialog-Konzept wird weiter abgelehnt, weil Röttgen in Gorleben voll-

endete Tatsachen schafft. Es reiche ein Blick auf die Überschrift der Online-Befragung, denn ein Moratorium in Gorleben wäre die Mindestvoraussetzung für einen "konstruktiven" Dialog über die Endlagerfrage, Röttgen aber setzte auf die alternativlose Weitererkundung und ignoriert alle fachlichen Einwände gegen den Salzstock wie die Gaseinschlüsse und den Wasserkontakt sowie das Aktengemäuschel. So heißt es unter www.gorleben-dialog.de wörtlich: "Diese Online-Befragung richtet sich an alle, die sich für die Weitererkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle interessieren und den Erkundungsverlauf begleiten möchten".

An der Weitererkundung, also der Schaffung weiterer Tatsachen in einem Verfahren, das der Öffentlichkeit keinerlei formal-juristische Rechte einräumt, weil seit Jahrzehnten bewusst das Bergrecht und nicht das Atomrecht gewählt wurde, haben die Kritiker kein Interesse. Hier gelte die Volksweisheit "Nur die dümmsten Kälber, wählen ihren Schlachter selber".

Auch ein Mediator wie bei Stuttgart 21 kommt um 3 Jahrzehnte zu spät: Wir brauchen ein klares Ende der Gorleben-Geschichte, standortunabhängige Sicherheitskriterien und ein Endlagersuchgesetz, alles unter der Prämisse des Atomausstiegs.

Wolfgang Ehmke



Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearskandal“).

1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die oberirdische Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich

Liebe Gorleben Rundschau Leserinnen und Leser!

Wir wünschen allen ein frohes neues Anti Atom Jahr 2011.



Nach den großen politischen Erfolgen der Bewegung, vor allem im vergangenen Jahr, lassen wir nicht nach in unserem Engagement. 50.000 Menschen, die im November gegen die Castortransporte und die Endlager Gorleben in Dannenberg demonstrierten, beflügeln uns bei unseren Anstrengungen, die Stilllegung der Atomanlagen endlich durchzusetzen und die Endlagerpläne der wechselnden Regierungen für Gorleben endgültig für gescheitert zu erklären.

Am 22. Februar jährt sich der Tag der Standortbenennung Gorlebens zum „Nuklearen Entsorgungszentrum“ zum 34. Mal. Für die Menschen im Wendland heißt das, 34 Jahre Protest und Widerstand gegen eine menschenverachtende, giftige, gefährliche Technologie gegen das Monopol der Atomstromkonzerne, gegen Mausehelei auf Bundeseseigerungsebene, gegen Akzeptanzgelder für künftige Krebserkrankungen, gegen den Abbau von Demokratie und Bürgerrechten.

Es heißt auch solidarisches Handeln von Vielen erlebt zu haben. Ein Netzwerk kreativer, bunter und vielfältiger Ansichten und Aktionen ist gewachsen. Wir möchten euch danken, dass ihr da seid. Lasst uns auch in Zukunft nicht allein. Wir haben einer großen Atomlob-

by den Kampf angesagt. Mit unserer Entschlossenheit und dem gegenseitigen Respekt, auch für die Unterschiedlichkeit unter uns, werden wir uns durchsetzen. Für uns, unsere Kinder und die folgenden Tausend Generationen streiten wir für eine Welt ohne Atomspaltung. In diesem Sinne beginnen wir ein neues Anti Atom Jahr voller Herausforderungen.

Atomkraft? Nein Danke!

Schwarzbau Gorleben? Letzte Runde!

Unsere Forderung: Abschalten, aber pronto!

Kerstin Rudek,

*Vorsitzende der Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow- Dannenberg e.V.*



Castor 2010 - DVD

Gorleben ist überall - graswurzel.tv (fast) auch



Während sich der Atommülltransport mit den elf Castorbehältern vom 5.-9.11. durch Frankreich und Deutschland kämpfte, immer wieder aufgehalten von vielzähligen Protestaktionen und Blockaden, war graswurzel.tv mit mehreren Teams und Kameras unterwegs, um aus der Bewegung heraus über die unterschiedlichen Aktivitäten zu berichten.

Meist tagesaktuell veröffentlicht, sind dabei 14 kurze Clips entstanden – über Sitzblockaden, Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen von der Pfalz bis zum Zwischenlager in Gorleben – die das breite Spektrum an kreativem Protest zeigen.

Die Zusammenstellung dieser filmischen Dokumentation des Castor-transportes 2010 von La Hague nach Gorleben ist nun auf DVD gegen Spende im Soli-Shop auf der Seite www.graswurzel.tv/solishop oder bei der BI Lüchow-Dannenberg erhältlich.

Wendland Castor: Grundrechte haben als Grundrechte abgedankt

Schon häufig war die Rede vom Ausnahmezustand, der die Folge des Castortransports ins Wendland ist. Auch in diesen Novembertagen mussten wir erfahren, wie Proteste zwar hoheitlich gewährt werden können, als Grundrechte gegenüber der Staatsgewalt jedoch abgedankt haben. Breite, bunte, konsequente, jedoch durchgängig gewaltfreie Versammlungen haben deutlich gemacht, dass der Staat bereit ist, auf die Willensbekundung seiner Bürger und Bürgerinnen mit der Außerkräftsetzung von Grund- und Menschenrechten, mit der Aussetzung von Demokratie zu antworten.

An dieser grundlegenden Feststellung ändern die formal den BürgerInnen hoheitlich zugestandenen Möglichkeiten, den Protest zum Ausdruck bringen und das Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen zu können, nichts. Im Gegenteil, sie verstärken den Gesamteindruck. Mit insgesamt 20 DemobeobachterInnen haben wir die Proteste begleitet. Sicherlich haben wir nicht alles beobachten können und unsere Beobachtungen erst vorläufig auswerten können.

Diese Einschätzung können wir jedoch durch folgende Beobachtungen belegen:

- "Castor schottern" (Sonntag)

Lange vorher hatten die Gruppen, die zur Aktion "Castor schottern" aufgerufen hatten, angekündigt, sie würden im Kontext dieser Aktion die Schienen betreten und Steine entfernen. Die Aktion war überschaubar und symbolisch, sie war bar jeder Heimtücke oder Gefährdung für die Sicherheit. Früh jedoch waren deren TeilnehmerInnen in die Ecke der Gewalttäter gestellt worden, um jede polizeiliche Gewaltanwendung im Vorhinein zu rechtfertigen. Die Behauptungen, diese Gruppen wären "gewaltbereit", gar gewalttätig, gewesen, stimmen nicht. Sie griffen die Polizei nicht an. So begleitete etwa eine Polizeieinheit eine große Gruppe Demonstrierender von dem Dorf Govelin aus eine knappe Stunde quer durch den Wald. Der zunächst gewählte Abstand, ließ sich im Wald nicht lange einhalten, so dass sie bald gemeinsam, Schulter an Schulter, weiterliefen. Die Polizei wusste, dass sie von dieser Gruppe nicht angegriffen würde. Als sich diese Gruppe allerdings der 50 m-Verbotzone näherte, wurde sie von einer anderen Einheit, einer baden-württembergischen, sofort mit Schlagstöcken und Pfefferspray traktiert. Nicht die allereinfachsten Grunderfordernisse einer "rechtsstaatlichen" Auflösung einer Versammlung wurden eingehalten. Sie wurden nicht aufgefordert, stehen zu bleiben, die Versammlung wurde nicht aufgelöst, Gewaltmittel wurden nicht angekündigt. Stattdessen herrschten auch in dem Bereich, in dem Versammlungen gemäß der Allgemeinverfügung hätten stattfinden können, nur die Gewaltmittel der Polizei. Neben den bereits erwähnten Mitteln wurden auch immer wieder Pferde und Wasserwerfer gegen die Demonstrierenden eingesetzt. Das Gespräch mit den Bürgern und Bürgerinnen fand nicht statt, wurde gar empört zurückgewiesen. Der Souverän hatte der Polizei zu gehorchen und keine Fragen zu stellen. Große Gruppen von Bürgern und Bürgerinnen, die sich auf langen Märschen durch den Wald der Schiene näherten, waren des Grundrechts auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie des Rechts auf körperliche Unversehrtheit völlig enthoben. Das waren unsere durchgehenden Erfahrungen an diesem Tag beiderseits der Schienenstrecke rechts und links von Leitstade.

- WiderSetzen (Sonntag)

Auch diejenigen von der Aktion WiderSetzen, die eine Sitzblockade auf den Schienen angekündigt hatten, wurden mit Schlagstöcken angegriffen und sollten mit Pferden vertrieben werden. Vor Harlingen konnten sie letztlich den Schienenstrang auf zwei Kilometern besetzen. Nachdem dies gelungen war, gab die Polizei sich großzügig. Frei konnten Bürger und Bürgerinnen dorthin kom-



men und sich dazu gesellen. Sie wurden nicht aufgefordert, den Bereich zu verlassen, die Versammlung wurde zumindest seit den späten Nachmittagsstunden nicht für aufgelöst erklärt. Gewaltmittel wurden nicht angedroht. Scheinbar wurde das Versammlungsrecht, sogar entgegen der Allgemeinverfügung, auf den Schienen gewährt. Aber eben nur hoheitlich gewährt, nachdem BürgerInnen es sich zuvor "erkämpft" hatten. Der weitere Umgang mit dieser Sitzblockade zeigt jedoch, dass auch dieser Schein noch trügt. Zwar wurden großzügig Gespräche mit der Bürgerinitiative und den Organisatoren über die Planung einer verhältnismäßige Räumung geführt, gleichzeitig wurde aber die Räumung unter Verletzung der körperlichen Unversehrtheit geplant und zeitnah umgesetzt. Eine Räumung entlang des unwegsamen Bahngeländes ist sicherlich schwierig. Dies rechtfertigt es jedoch nicht, statt des Wegtragens schmerzende Polizeigriffe anzuwenden. Den Höhepunkt der Grund- und Menschenrechtsverletzungen in dieser Situation stellt die Planung dar, die Gefangenen in einer von Polizeiwagen gebildeten Wagenburg bis zum Ende des (Schienen-) Transportes unter freiem Himmel aufzubewahren. Bei deutlichen Minustemperaturen ist dies auch noch die Verletzung der körperlichen Unversehrtheit. Geschehen ist dies tatsächlich, allerdings letztlich nur bis zur Durchfahrt des Castors durch Harlingen. Aus den vielen Gerichtsurteilen, dass Ingewahrsamnahmen rechtswidrig waren, lernt die Polizei scheinbar nur, dass sie weitere Menschenrechtsverletzungen hinzufügen kann.

für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 oft 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 102 Castore. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castore. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 kracht ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wasser einbrüche beim Abteufen begleiten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot wollte offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wurde schon unter Rot-Grün nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass jetzt nach den Wahlen die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder ge-zückt wird.

- Montag: X-tausendmal-quer (So-Mo) und noch ungezählte weitere Aktionen

Nachdem der Transport mit dem hochradioaktiven Müll im Verladebahnhof angekommen war, war die Situation im Wendland von der Absperrung der Transportstrecke gekennzeichnet. Die BürgerInnen konnten sich nicht frei im Landkreis bewegen, und gewöhnlich auch nicht zu den angemeldeten Mahnwachen kommen. Wer nicht gehorchte oder nicht ins polizeiliche Bild passte, riskierte, mit rabiaten Gewalt traktiert zu werden. Bewohner durften gar ihre Häuser nicht mehr verlassen. Trotz dieser Omnipräsenz fanden die BürgerInnen allerdings immer wieder Wege ihrem Protest Ausdruck zu verleihen und ließen sich nicht einschüchtern.

In einem ersten Resümee müssen wir feststellen, dass die Grundrechte als Grundrechte aller Bürger und Bürgerinnen über Tage außer Kraft gesetzt waren. Nicht das Grundgesetz und die Menschenrechte bestimmten den Umgang, sondern die Durchsetzung einer Politik, die den Willen der BürgerInnen ignoriert und Interessen der Atomlobby zum Maßstab macht.

An erster Stelle hat die Politik versagt. Eine Politik, die nur mit massiven Gewaltmitteln gegen "seine" Bürger durchgesetzt werden kann, ist verfehlt. An zweiter Stelle hat eine Polizei versagt, die bereit war, ihre Bindung an ein "rechtsstaatliches" Vorgehen auszusetzen, um einen Transport zu gewährleisten, der mit verhältnismäßigen Mitteln kaum, allenfalls mit sehr

viel mehr Zeit hätte durchgeführt werden können. Die Polizeibeamten und -beamtinnen wurden in diesem Einsatz verheizt, ließen sich aber auch verheizen. Viele von ihnen scheinen noch immer zu glauben, Befehl sei Befehl und sie hätten ohne eigene Gewissensanstrengung zu gehorchen. Schlimmer noch, sie glauben, diese Haltung hätten auch die BürgerInnen gegenüber der Polizei einzunehmen.

Bürger und Bürgerinnen dagegen haben gezeigt, dass es Hoffnung gibt, auf einen Souverän, der die Dinge nicht in den Händen der Politiker belässt, sondern seine Anliegen selbst in die Hand nimmt.

*Theo Christiansen, Elke Steven
www.grundrechtekomitee.de*

Gewalttätiger Atomstaat

Die Größe und Vielfalt der Proteste gegen den Castortransport 2010 haben die Ablehnung der herrschenden Atompolitik in eindrucksvoller Weise verdeutlicht. Die polizeiliche Einsatzstrategie ging mit Einschränkungen des Versammlungsrechtes durch Ingewahrsamnahmen, Platzverweise und umfangreiche Personalienkontrollen einher, die durch systematische polizeiliche Gewaltanwendung am 7. und 8. November in der Gôhrde ergänzt wurden.

In der Zeit vom 6. bis zum 9. November wurden mindestens 49 Personen von der Polizei in stationären Gewahrsam genommen und mehr als 1000 Personen in einem von der Polizei als mobile Gefangensammelstelle bezeichneten Kessel in Harlingen unter freiem Himmel festgehalten.

Die Zustände des Kessels in Harlingen waren völlig unhaltbar. Bei der Errichtung dieses „Gefangenenlagers“ wurden Gegenstände der benachbarten Mahnwache zerstört. Die

konnte eine minimale Versorgung durch die Volkküchen ermöglicht werden. Durch die Polizei war eine Versorgung mit Lebensmitteln auch bei Freiheitsentziehungen von mehr als vier Stunden nicht vorgesehen.

Fernab der Medienöffentlichkeit übten PolizistInnen bei der Räumung der Sitzblockade in Harlingen und während des Abtransportes in den Kessel schmerzhaft Griffe gegen SitzblockiererInnen aus. Dem EA liegen Berichte vor, die erkennen lassen, dass das Fallenlassen von Hochgehobenen auf die Gleise, das Verdrehen von Köpfen und das Zufügen von Schmerzen keine Einzelfälle polizeilichen Verhaltens waren. Die Räumung der Schienenblockade war ohne brutale Androhungen in wenigen Stunden nicht zu schaffen. Und wer anfangs noch auf dem vereinbarten Weggetragen werden bestand, wurde durch Schmerzzufügungen gefügig gemacht. In den Augen einiger BeobachterInnen entsprach dieses Vorgehen dem Prinzip der Folter.

Von hoher Brutalität war das polizeiliche Vorgehen in der Gôhrde am Castorsonntag gekennzeichnet. PolizistInnen prügeln mit Schlagstöcken auf DemonstrantInnen ein, dazu wurde massenhaft Tränengas und sogenanntes Pfefferspray eingesetzt. Dabei wurden mehrere Hundert Personen verletzt, die meisten konnten ambulant behandelt werden. Ohne die massenhafte Verwendung von Schutzmaterialien gegen Gas und Pfefferspray wären die Verletzungen bei vielen AktivistInnen erheblich schwerer gewesen. Das Ziel dieses regional bislang beispiellosen

Polizeieinsatzes ist nicht die Auflösung einer Versammlung oder die Verhinderung einer Gleisbesetzung gewesen, sondern ganz offensichtlich die Verletzung und Einschüchterung von AktivistInnen. Mehr als ein Dutzend Augenzeuginnen berichten übereinstimmend, dass Einheiten der Polizei ohne Vorwarnung und ohne vorigen Anlass, dafür aber mit klarem Einsatzbefehl und

auch mehrere Kilometer von Gleisen entfernt, vorgegangen seien.

In Grippel und an weiteren Orten wurde erstmalig eine polizeiliche Überwachungsdrohne eingesetzt. Augenzeugen berichten von einem Fluggerät, das wie ein rechtwinkliges Balkenkreuz aussieht. Mittig davon sei ein Schweinwerfer angebracht, zusätzlich seien auch kleine Kameras montiert. Ein Fluggeräusch sei nicht auszumachen gewesen. Auf der Kreuzung in Grippel stand ein Polizist, der das Gerät mittels eines Joysticks bediente.

Über die Zahl und den Umfang repressiver Maßnahmen wie Hofdurchsuchungen, Beschlagnahmungen von Material und Grundstücken, Betretungs- und Durchgangsverbote, Ausgehverbote für BewohnerInnen entlang der Straßenstrecken, Personalienfeststellungen auf dem Weg zu Mahnwachen, mehrfache Durchsuchungen und Platzverweise sowie willkürliche Angriffe auf BlockiererInnen und DemonstrantInnen liegen nur fragmentarische Daten vor.

Der polizeiliche Einsatz war durch ein Wechselspiel von öffentlichem „weichem Auftreten“ und Elementen der Aufstandsbekämpfung gekennzeichnet. Einige polizeiliche Waffen (Teleskopschlagstöcke, Überwachungsdrohnen, Pfeffergaspatronen) wurden vermutlich erstmalig bei Großdemonstrationen eingesetzt. Der Einsatz mutierte zeitweilig zur polizeilichen Leistungsschau. In der Gesamtheit ging der Castortransport mit einer massiven Verletzung grundlegender rechtsstaatlicher Gebote einher. Diese systematische Aushebelung der Grundrechte für die Durchsetzung der Interessen der Atomwirtschaft bezeichnen wir als Atomstaat.

Der Ermittlungsausschuss Wendland wird alle Betroffenen der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Repression unterstützen, wenn diese das wünschen. Wie immer hat sich die Staatsmacht Einzelne herausgegriffen, um sie einzuschüchtern und stellvertretend für eine ganze Bewegung zu bestrafen. Gemeint sind alle, und gemeinsam kann dieser Einschüchterung wirksam begegnet werden.

Ermittlungsausschuss Gorleben, www.ea-gorleben.de



Polizei verhinderte stundenlang die Möglichkeit der richterlichen Überprüfung der von ihr durchgeführten Maßnahmen.

So waren viele Hundert Personen gezwungen, bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt mehrere Stunden in der Kälte in Gefangenschaft zu verbringen. Erst nach Intervention von Seelsorgern und RechtsanwältInnen

Eine „ungehaltene“ Rede

Rund 50.000 Menschen haben sich in diesem Jahr auf den Weg gemacht, um gegen die Aufkündigung des mühsam errungenen Konsenses über den Atomausstieg zu protestieren. Ich bin froh, dass die große Demonstration gestern insgesamt friedlich verlaufen ist. Ich danke allen, die sich dafür eingesetzt und immer wieder zur Besonnenheit aufgerufen haben. Die Polizei beziehe ich ausdrücklich mit ein.

Wer bislang noch meinte, den Widerstand gegen die Atomkraft als ein regionales Phänomen abtun zu können, ist spätestens jetzt eines Besseren belehrt. Die Bundesregierung und die Energiekonzerne haben mit ihren Entscheidungen der letzten Wochen und Monate große Teile der Bevölkerung gegen sich aufgebracht, quer durch alle Schichten und Altersgruppen. Es sind vor allem die Verlängerung der Laufzeiten angesichts der ungelösten Endlagerfrage und die alternativlose Weitererkundung des Gorleben Salzstocks ohne klare Kriterien, die für viele Menschen das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Es ist diese Politik, die wir uns widersetzen – so lange, bis sie sich ändert und wieder die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Viel Vertrauen ist in der Vergangenheit verpielt worden:

- Das Moratorium wurde nicht genutzt, um sich auf Kriterien für ein geeignetes Endlager zu verständigen und die Suche nach alternativen Standorten auf den Weg zu bringen, weder von der rot-grünen Bundesregierung noch von der Großen Koalition.

- Die Enthüllungen der katastrophalen Zustände in der Asse und der politische Umgang damit haben das Vertrauen vieler Menschen in die Politik erschüttert.

- Die Entdeckung einschlägiger Aktenvermerke hat die Vermutung verstärkt, die Entscheidung für Gorleben als möglichem Endlagerstandort sei in erster Linie aus politischen Erwägungen und nicht unter fachlichen Gesichtspunkten getroffen worden.

- Die jüngsten Vereinbarungen der Regierung mit den Energiekonzernen über die Verlängerung der Laufzeiten, über Abgaben und Brennelementesteuer haben bei vielen den faden Beigeschmack hinterlassen, Politik sei käuflich.

- Und schließlich wird durch das Beharren der Bundesregierung, die Weitererkundung nach dem Bergrecht vorzunehmen unter weitgehender Umgehung öffentlicher Beteiligung, der Verdacht genährt, hier solle etwas unter der Decke gehalten werden.

Alles in allem ein politisches Desaster. Ich finde es bemerkenswert, dass inzwischen auch aus den Reihen der CDU Zweifel an dem bisherigen Vorgehen geäußert und mehr Offenheit und Sensibilität gegenüber den berechtigten Sorgen

der Menschen angemahnt werden, allen voran Bundespräsident Norbert Lammert.

Ich spreche heute zu Ihnen als stellvertretender Landesbischof der ev.-luth. Landeskirche Hannovers. Warum mischt sich eigentlich Kirche in diesen gesellschaftlichen Konflikt ein?

Es gibt einen biblischen Auftrag an uns Menschen, am bündigsten mit der Kurzformel „bebau und bewahre“ wiedergegeben. Im 1. Buch Mose im zweiten Schöpfungsbericht lesen wir: „Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaue und bewahre.“ Den Garten Eden, die gute Schöpfung Gottes bebauen und bewahren: diesem Auftrag fühlen wir uns verpflichtet. Aufgrund dieses Auftrags sehen wir uns in der Verantwortung. Bebauen: Unsere Welt, unser Leben müssen gestaltet werden, selbstverständlich auch mit Hilfe von Wissenschaft und Forschung, unter Nutzung der technischen Möglichkeiten. Aber immer unter dem Aspekt des Bewahrens, der Nachhaltigkeit! Kirche nimmt ein Wächteramt wahr: Wir dürfen keine Entscheidungen treffen, die die Zukunft von Mensch und Natur verbauen. Weil Gott ein Freund des Lebens ist, wie es so schön im Buch der Weisheit heißt, dürfen wir nicht zu Feinden des Lebens werden.

Genau das aber steht hier zur Debatte! Die beiden großen christlichen Kirchen stehen in ökumenischer Einmütigkeit zu der Überzeugung, dass die Atomenergie nicht zukunftsweisend ist. Vielmehr ist sie Ausdruck menschlicher Überheblichkeit und einer inakzeptablen, weil zukunftsgefährdenden Lebensweise. Auch das sind alte biblische Weisheiten. Die Geschichte vom Turmbau zu Babel erinnert daran, wo es hinführt, wenn der Mensch sein Maß verliert und einen Turm bis an den Himmel bauen will. Und das Volk Israel hat im Umgang mit dem Land immer darauf geachtet, dass es nicht ausgebeutet werden darf, bis alle Ressourcen erschöpft sind.

Die kirchliche Haltung zur Kernenergie, nachzulesen in den Erklärungen vieler Synoden, von der Ebene der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz über die Landeskirchen bis in die Kirchenkreise, lässt sich so auf den Punkt bringen: Kernenergie ist wegen ihres zu hohen Schadenpotenzials nicht zu verantworten. Angesichts eines fehlenden Endlagerkonzepts stellt der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke eine Verletzung der grundlegenden Pflicht der politischen und wirtschaftlichen Eliten zum Gemeinwohl dar.

Ich möchte das an einigen Punkten ausführen:

1. Als Kirchen sind wir der Überzeugung: die Kernenergie ist nicht menschengerecht und darum letztlich auch nicht beherrschbar. Zeiträume von bis zu einer Million Jahre, in denen der strahlende Müll sicher verwahrt werden muss,

übersteigen unseren menschlichen Zeit- und Verantwortungshorizont. Die Bibel (und ebenso Martin Luther) hat ein sehr realistisches Bild vom Menschen: er ist irrtumsanfällig, er macht Fehler, er erliegt leicht der Versuchung der Macht und des Geldes. Konkrete Beispiele, wie etwa der verantwortungslose Umgang mit dem Atommüll in der Asse, lassen sich zuhauf finden. Der Mensch überschätzt sich permanent und setzt sich in seiner Überheblichkeit gern an die Stelle Gottes, will selber „sein wie Gott“. Das meint die Bibel übrigens mit Ur-Sünde. Eine Technologie, die keine Fehler erlaubt, ist nicht menschenfreundlich. Wir müssen die Prioritäten wieder zurecht rücken. Die menschlichen Belange haben im Vordergrund zu stehen. Gesundheit und Sicherheit gehen vor wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen. Oder um eine Weisheit Jesu aus dem NT aufzunehmen: Die Energiepolitik ist für den Menschen da und nicht der Mensch für die Interessen der Atomwirtschaft.

2. Als Kirchen widersprechen wir den oft vorgebrachten Argumenten, die Kernenergie sei billiger, sauberer und Klima schonender. Sobald man eine Gesamtrechnung aufmacht, sieht die Sache ganz anders aus. Unseres Erachtens müssen die Kosten für die Atommülltransporte, für die Endlagerung inklusive der Erkundung mehrerer Standorte mit einberechnet werden, ebenso die künftige Rückholbarkeit. Und bei einer umfassenden Ökobilanz von der Urangewinnung (unter z.T. höchst inhumanen Arbeitsbedingungen, z.B. in Niger) über den Transport bis zur Errichtung und zum Abbau der Kernkraftwerke bleibt von der Klimafreundlichkeit der Atomenergie nichts mehr übrig.

3. Als Kirchen halten wir die Verlängerung der Laufzeiten für die AKWs angesichts der ungelösten Endlagerfrage für verantwortungslos. Die Menge des hochradioaktiven Mülls würde um rund 4.500 t erhöht, obwohl wir noch kein Endlager haben und schon jetzt größte Probleme mit dem Müll aus Asse II auftreten. Außerdem behindert die Laufzeitverlängerung nach dem Urteil vieler Fachleute die Entwicklung der erneuerbaren Energien (z.B. weil die Einspeisungsvorgänge nicht kompatibel sind), was den Begriff der Brückentechnologie in meinen Augen obsolet macht.

Das Hauptproblem bleibt die ungeklärte Endlagerung. Hier muss nach Meinung der Kirchen dringend ein Parteien und Wahlperioden übergreifender gesellschaftlicher Konsens gesucht werden. Der lässt sich jedoch nicht finden, wenn allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz bereits eine faktische Vorfestlegung auf Gorleben besteht. Die dort bereits getätigten Milliardeninvestitionen können doch kein Argument für die Eignung des Salzstocks sein! Es ist für





mich völlig unverständlich, dass bislang alle wissenschaftlichen Gutachten, die eine Eignung in Frage stellen, beharrlich ignoriert werden. Und markige Äußerungen von Politikern, vor allem aus dem Süden der Republik, machen mich mehr als skeptisch gegenüber der verkündeten Ergebnisoffenheit der Weitererkundung in Gorleben.

Die Hannoversche Landeskirche hat mehrfach die Voraussetzungen benannt, unter denen wir uns eine Weitererkundung vorstellen können, etwa auf der Tagung der Landessynode im November vorigen Jahres oder jetzt kürzlich anlässlich der Klage der Kirchengemeinde Gartow gegen die Weitererkundung:

- Wir brauchen eindeutige und international anerkannte Eignungskriterien für ein Endlager, damit klar ist, woraufhin ein möglicher Standort erkundet werden soll. Der AK End hat längst



Kriterien formuliert. Sie finden nur bis heute keine Anwendung.

- Wir halten es für unabdingbar, mindestens einen alternativen Standort mit einem anderen

Wirtsgestein zu untersuchen. Natürlich weiß ich, wie schwierig es sein wird, eine solche Standorterkundung politisch durchzusetzen. Geschieht das jedoch nicht, verliert die Beteuerung, die Weitererkundung in Gorleben sei „ergebnisoffen“, jede Glaubwürdigkeit.

- Schließlich kritisieren wir als Kirche, dass die Weitererkundung nach dem alten Bergrecht erfolgen soll. Jedes große Bauvorhaben bedarf nach spätestens drei Jahren einer neuen Genehmigung. Darum darf der bald 30 Jahre alte Rahmenbetriebsplan nicht einfach so fortgeschrieben werden. Wir erwarten, dass die Weitererkundung nach den schärferen Regeln des Atomrechts vorgenommen wird mit einer verbindlichen Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange und unter strenger Beachtung der Sicherheitsfaktoren.

Weil wir wollen, dass diese unklaren rechtlichen Bedingungen von unabhängigen Gerichten geklärt werden, unterstützt die Landeskirche auch die Klage der Kirchengemeinde Gartow.

Ich hoffe, so viel ist in der Kürze klar geworden: Kirche mischt sich ein aus Sorge um die Schöpfung und die Menschen. Und dabei sind wir keine Nein-Sager, sondern überzeugte Ja-Sager.

- Wir sagen Ja zu einem zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Schon im Jahr 2050 könnten nach seriösen Prognosen 80 % unseres Energiebedarfs dadurch gedeckt werden! Das ist nicht zum Null-Tarif zu haben. Neue Versorgungsleitungen und größere Speicherkapazitäten sind erforderlich. Aber das darf uns angesichts der Tragweite der Entscheidungen nicht schrecken. Und unterm Strich wird die Bilanz gegenüber der Kernkraft positiv aussehen.

- Zugleich sagen wir Ja zu drastischen Energieeinsparungen. Die EKD und besonders die Hannoversche Landeskirche haben sich selbst dazu verpflichtet. Seit 2006 gibt unsere Landeskirche jährlich rd. 5 Mio. € für Energieeinsparungsmaßnahmen aus. Das Programm „Grüner Hahn“ wird inzwischen von vielen Kirchen-

gemeinden aufgegriffen und umgesetzt.

- Und wir sagen Ja zu einem nationalen oder europäischen Entsorgungskonzept. Unsere Kritik am Standort Gorleben beruht nicht auf dem St. Floriansprinzip: überall, bloß nicht vor unserer Haustür! Aber es muss eben der am besten geeignete Standort gefunden werden. Und da hegen wir im Blick auf den Gorlebener Salzstock erhebliche Zweifel. Sollte allerdings die Erkundung – wohlgerne mit den geforderten Alternativen – am Ende ergeben, dass er doch der geeignetste Standort ist, würden die Kirchen das akzeptieren.

„In Verantwortung vor Gott und den Menschen“, wie es in der Präambel des Grundgesetzes heißt, treten wir als Kirchen für die überfällige Energiewende und einen Zivilisationswandel durch einen neuen Lebensstil ein. Nur so werden wir den schönen Planeten Erde, diesen uns von Gott geschenkten Lebensraum, auch künftig „bebauen und bewahren“ können.

Einige wissen es: Vor einem Jahr, am Reformationstag 2009, habe ich in Tespe gegenüber vom Kernkraftwerk Krümmel einen Apfelbaum gepflanzt. In Anknüpfung an das von Martin Luther überlieferte Wort: „Und wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich doch heute mein Apfelbäumchen pflanzen!“ wollte ich ein Hoffnungszeichen setzen und dazu ermutigen, beharrlich an einer besseren Zukunft unserer Welt zu arbeiten. Es wird ein langer Weg. Aber er ist alternativlos. Lassen Sie ihn uns gemeinsam gehen.

*Hans-Hermann Jantzen
Bischofsvikar der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
und Landessuperintendent im Sprengel Lüneburg
Anmerkung: Die Kundgebung, auf der Hans-Hermann Jantzen diese Rede halten wollte, hat nicht stattgefunden, weil der Castorzug die Umladestation in Dannenberg erst mit vielen Stunden Verspätung erreicht hat. Darum ist sie nie gehalten worden, leider!*

Unser Widerstand kennt keine Grenzen!

Am 5. November enthüllte die Gewaltfreie Anti-Atom-Aktionsgruppe GANVA in Caen/Frankreich auf den Gleisen der Castor Transportstecke ein Spruchband mit der Aufschrift: "Unser Widerstand kennt keine Staatsgrenzen! Castor 2010: Die Erste.....to be continued!" "Notre résistance ne connaît pas de frontière! Castor 2010, premier acte!"

An der Aktion haben zwölf Aktivisten aus Frankreich und Deutschland teilgenommen, von denen sich fünf unter den Gleisen in Metallrohren fest ketteten, um den Castor Transport nach Gorleben zu stoppen. Dieses ist ihnen für mehr als 3 1/2 Stunden auch gelungen. Die Aktion hat eine aussergewöhnliche Beachtung in der französischen und internationalen Presse, selbst in Frankreich wurde diesmal ausführlich über Atompolitik und Atomtransporte in den Medien debattiert (TF1 und France 2 in den Hauptnachrichten).

Es war nicht das erstemal, dass GANVA-Akti-

visten gezeigt haben, dass nicht nur das Atom-Kapital international organisiert ist, sondern auch der Widerstand gegen diesen Wahnsinn: bereits im Juli 2008 hatten sie einen italienischen Atomtransport in der Normandie zum Stehen gebracht.

Die französische Polizei ist bei der Auflösung der Blockade mit äußerster Brutalität vorgegangen und schreckte selbst vor schweren Verletzungen nicht zurück: einem der Aktivisten wurden zwei Sehnen mit dem Trennschneider durchtrennt, er musste mehrfach im Krankenhaus operiert werden. Zwei weitere Aktivisten erlitten schwere Verbrennungen, sodass Hauttransplantationen notwendig waren. Die übrigen Beteiligten kamen mit Prellungen und Zerrungen davon. Insgesamt wurden 8 Personen vorübergehend festgenommen, es wurde Untersuchungshaft für 7 GANVA-Aktivisten angeordnet und Strafbefehle gegen sie erlassen. Die Vollstreckung der Untersuchungshaft wur-

de gegen Zahlung von Kauttionen in Höhe von insgesamt 16.500 Euro ausgesetzt. Diese Kauttion wurde innerhalb kürzester Zeit durch internationale Spendenaktionen aufgebracht, den Aktivisten bleibt zumindest die Untersuchungshaft dadurch erspart.

Wer den Prozess verfolgen will schaut unter der untenstehenden Internetadresse nach.

Der Prozess wird im Zeichen des Internationalen Widerstandes gegen die Atomindustrie stehen und der Gerichtssaal wird mit Sicherheit zu klein sein, um alle Untertützer der Aktivisten aufzunehmen.

Aktuelle Informationen stellt GANVA im Web unter: www.ganva.blogspot.com/ bereit.

Es wird weiterhin dringend :zu Spenden auf das Spezialkonto der Anwaltsvereinigung APSAJ für die Prozesskosten aufgerufen:

IBAN : FR76 4255 9000 5541 0200 1473 207,
BIC : CCOPFRPPXXX, Kontoinhaber: APSAJ - Association Pour la Solidarité et l'Aide Juridique

Castor-Sanitäter erheben Vorwürfe

Die ehrenamtlichen Sanitäter, die für die Atomkraftgegner bei den Castor-Transporten im Einsatz waren, haben schwere Vorwürfe gegen Polizisten erhoben. Bei einer Protestaktion in Leitstade hätten Polizisten verhindert, dass eine schwerverletzte Frau mit einem Oberschenkelbruch abtransportiert werden konnte, sagte die Sprecherin der Sanitäter, Gabriele Pelce, am Dienstag auf der Abschlusspressekonferenz der Bürgerinitiativen in Trebel. In derselben Gegend seien in Verbindung mit Aktionen der Gruppe "Castor schottern" Sanitäter, die deutlich kentlich Verletzte versorgt hätten, selbst mit Polizeiknüppeln attackiert worden.

Ich denke, die Bevölkerung wird sich nicht mehr 500000 Krebs-Neu-Erkrankungen pro Jahr (395000 amtliche Zahl plus Dunkelziffer, die in Autopsie-Studien gefundenen vorher unbekanntes Krebs-Erkrankungen) auf Dauer gefallen lassen. Für die Betroffenen ist eine Krebs-Erkrankung 100%, die können sich nicht damit trösten, dass nicht jeder, der

radioaktiver Strahlung ausgesetzt ist, zu 100% Krebs bekommt.

Bei 500.000 Krebs-Neu-Erkrankungen pro Jahr bei 82 Millionen Bundesbürgerinnen und Bürgern hat die Bevölkerung jedes Widerstandsrecht der Welt gegen Atomkraft und strahlenemittierende, krebserzeugende Technik.

Protestieren Sie auch gewaltfrei gegen die Atomkraftwerke und Castor.

Wären die Kokillen eines Castor-Behälters nicht ummantelt, bekäme ein Mensch in 1 Meter Entfernung in 1 Minute eine tödliche Strahlendosis.

Die Strahlung eines Castor-Behälters ist enorm. Sie beträgt pro Castor: 3550000000000000 Becquerel = 355 Brd. Becquerel. Radioaktive Strahlung ist krebserregend, es gibt für karzinogene Noxen keinen Schwellen-Wert.

Auch emittieren AKWs radioaktive Nuklide, alpha- und beta-Strahler, die inkorporiert im Knochenmark in unmittelbarer Nachbar-

schaft zu stem cells Mutationen machen und cancer stem cells induzieren, u.a. mit der Folge Leukämie.

In einer Studie ist die Kinder-Leukämie in Abhängigkeit von der Entfernung zu AKWs signifikant erhöht. Atomkraft ist ein schweres Verbrechen gegen die Bevölkerung, sich dagegen zu wehren ist immer erlaubt. Da Krebs eine grauenhafte Erkrankung ist, hat die Bevölkerung ein Widerstandsrecht gegen Radioaktivität, weil Leben und Gesundheit Grund- und Menschenrechte sind. Nationale und internationale Gesetze ändern daran nichts. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Zwar ist der Lebens-Schutz nicht unmittelbar im Grundgesetz verankert, da aber ein gräßlicher Tumortod dem Menschen auch die Würde nimmt, ist durch den Schutz der Würde des Menschen im Grundgesetz ein Widerstandsrecht der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke und Castortransporte impliziert.

Dr. Jürgen Seefeldt, Winfriedstr. 7, 33098 Paderborn



Pressemitteilung des gewaltfreien Kletterkollektivs Atomkraft tötet

Am 09.11.2010 morgens wurde am Rande des Castortransports, zwischen Laase und Gorleben gegen den Baumkletterer mit jahrelanger Berufserfahrung Niels M. ohne Vorwarnung von Polizeibeamten so massiv Reizgas eingesetzt, dass dieser die Kontrolle verlor und aus ca. 4 1/2 Metern von einem Baum stürzte. Der Betroffene musste daraufhin von einem Hubschrauber mit einem Wirbelbruch im Brustbereich ins Krankenhaus geflogen werden. Weitere Polizisten hatten den sichtbar Schwerverletzten zuvor noch unter Gewaltandrohung gezwungen mehrere hundert Meter weit zu Gehen. Zurzeit wird seitens des Betroffenen eine Strafanzeige geprüft. Um 8 Uhr 50 am Morgen des 09.11.2010 begaben sich 2 Baumkletterer ca. 35 Meter von der Straße von Laase nach Gorleben entfernt auf einen Baum, um gegen den Castortransport zu protestieren. In deren Umgebung befand sich eine größere Gruppe von Protestierenden, als Polizeibeamten auf den Baum zukamen. Einer der Beamten

sprühte ohne Notwendigkeit und ohne Vorwarnung Reizgas aus einer großen grauen Kartusche so massiv in Richtung des Gesichtes des Baumkletterers Niels M., dass dieser die Kontrolle verlor und aus ca. 4 1/2 Meter Höhe auf am Boden liegende Äste stürzte. Ein weiterer Baumkletterer konnte, obwohl der Polizeibeamte den Verletzten ignorierte und rücksichtslos weiter sprühte, kontrolliert von dem Baum springen. „Trotz der reglosen Haltung und lauter Schreie des verletzt am Boden liegenden, setzte derselbe Polizist auch gegen den zweiten Kletterer Reizgas ein, anstatt, wie es die Situation offensichtlich erfordert hätte, zu helfen,“ berichtet der Augenzeuge Simone Z.. Die Situation wurde von einem anwesenden Fotografen eindeutig dokumentiert.

Der zweite Kletterer musste daraufhin mehrfach den sichtlich schwer Verletzten, auf dem Rücken liegenden jungen Mann gegen weitere Polizeibeamte durch beherrschtes Argumentieren in Schutz nehmen, da diese unter Gewaltandro-

hung ein sofortiges Verlassen des Szenarios verlangten. Erst nachdem Niels M. sich, trotz Verletzung, weitere 200m weit durch den Wald geschleppt hatte, wurde er von den ihn bedrängenden Beamten zunächst in Ruhe gelassen.

Die Ärztin, die Niels M. nach längerer von der Polizei verschuldeter Verzögerung schließlich noch im Wald versorgte, hielt einen sofortigen Transport per Hubschrauber in das nächste Krankenhaus für notwendig. Niels M. erlitt einen Wirbelbruch im Brustbereich, sowie diverse Prellungen und ist aufgrund des Übergriffs nach bisherigem Stand voraussichtlich mindestens 3 Monate arbeitsunfähig. „Durch diesen vollkommen überzogenen Angriff gegen einen friedlichen Baumkletterer in 35m Entfernung zur Transportstrecke hat der Polizist billigend zumindest eine schwere Verletzung in Kauf genommen und damit in absolut unakzeptabler, unmenschlicher Weise verantwortungslos gehandelt,“ kommentiert Jonas M.

Für Rückfragen 0177 – 636 55 73

"Atompolitischer Amoklauf"

Nur wenige Stunden nachdem der 12. Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben eingefahren ist, hat das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) auf Antrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) die sofortige Vollziehung der Verlängerung des Rahmenbetriebsplans und der Zulassung des Hauptbetriebsplans für das sogenannte Erkundungsbergwerk Gorleben angeordnet.

Gegen die Fortsetzung der Bauarbeiten nach Aufhebung des Moratoriums zum 1. Oktober hatten Anwohner und die Kirchengemeinden Gartow und Gorleben Klage eingereicht und einen Baustopp erwirkt. Mit dieser neuerlichen Anordnung des Landesamtes soll sichergestellt werden, dass trotz der Klagen der Ausbau fortgesetzt werden.

Gerade erst haben wir den größten Polizeieinsatz der deutschen Nachkriegsgeschichte erlebt, einen Quantensprung des Anti-Atom-Protests im Wendland, dieser Antrag brüskiert die atomkritische Öffentlichkeit genauso wie die 20.000 Polizisten, die in diesen Tagen im Einsatz waren, um den atompolitischen Amoklauf von Schwarz-Gelb auszubaden, es hat den Hauch politischen Nachtretens und setzt den atompolitischen Amoklauf der Bundesregierung fort.

Mit 1 1/2 Tagen Verspätung hat der 12. Castor-Transport sein Ziel, das Zwischenlager Gorleben erreicht. Wer die Laufzeiten der

Atomkraftwerke verlängert, muss eben auch mit verlängerten Laufzeiten für Atommülltransporte rechnen. Der große Zulauf zur Kundgebung wie auch schon zur Menschenkette im April und zur Großdemonstration in Berlin spiegelt, dass der energiepolitische Kurs der Bundesregierung keinen Rückhalt in der Bevölkerung findet.

Die Merkel-Regierung sichert den vier Atomstrom-Oligopolen ihre Profite, der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird blockiert, die Menschen haben das Vertrauen in die Politik verloren. Im Fokus des Protests steht Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), der alle fachwissenschaftlichen Einwände gegen den Salzstock Gorleben ignoriert und das Moratorium zum 1. Oktober aufhob. Er spricht von Dialog und Transparenz, outete sich aber im Schnelldurchgang als Basta-Politiker – Gorleben soll als Atommüll-Endlager ausgebaut werden, ohne Vorgespräche, alternativlos, ohne eine formale rechtliche Beteiligung der Bevölkerung, das nennen wir institutionelle Gewalt.

Vorausgegangen waren bewegte und bewegende Tage im Wendland: Aus Protest gegen den strammen Atom-Kurs der Bundesregierung hatten sich am vergangenen Samstag 50.000 Menschen zu einer Kundgebung in Splietau, in Sichtweite der Castor-Verladestation, versammelt. Tausende hatten sich in den Tagen danach an den unterschiedlichsten Aktionen zum Stopp des Transports beteiligt: Kirchen und Gemein-

dehäuser boten Schutz und Wärme, die vielen Essens- und Sachspenden zeigten, die auswärtigen Protestler waren willkommen.

Allein das besonnene Verhalten der Demonstranten hat dazu geführt, dass die viel zitierte "Schlacht um Gorleben" nicht stattgefunden hat. Das Einsatzkonzept der Polizei, gerade in Situationen, in denen De-Eskalation geübt werden sollte, ist erneut gescheitert: das zeigten die Bilder von der Jagd auf Demonstranten, die am Sonntag versucht hatten, die Bahnstrecke zu "schottern", wie auch der rechtswidrige nächtliche Einschluss von 1.500 Sitzblockierern bei Minustemperaturen bei Harlingen: Atomstaat und Rechtsstaat beißen sich, wenn der Castor rollt, bleibt die Demokratie auf der Strecke.

Aber wir sind keine Nachtretter und stellen fest: Eine große Ausnahme machte der Polizeieinsatz bei der Räumung der Sitzblockade in der Nacht, kurz bevor der Konvoi auf die Strecke gebracht wurde, denn hier wurden – unter Aufsicht von Pastoren, Komitee für Grundrechte und Medien – die 4000 Menschen von der Straße getragen. Nach Stuttgart 21 folgt Gorleben 21 – einmal getroffene politische Fehlentscheidungen lassen sich korrigieren, mit Sicherheit hat die jetzige Bundesregierung eine kürzere Halbwertszeit als der Müll, der in Gorleben abgeladen wurde: Wir bleiben dran, Atomausstieg sofort!

Wolfgang Ehmke



Nächster LubminCastor kommt Mitte Februar

Zwischen dem 15. und 18. Februar sollen weitere Behälter mit hochradioaktiven Abfällen in das Zwischenlager Nord bei Greifswald-Lubmin transportiert werden. Erwartet werden fünf Castoren aus der ehemaligen Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe. Und massiver Widerstand gegen die Pläne, aus Lubmin die Müllkippe der Nation zu machen!

Bereits im Dezember war Lubmin Schauplatz eines Castortransports gewesen: vier Behälter mit deutschem Forschungsabfall wurden aus Frankreich kommend unter dem Protest von Tausenden in das Lager an der Ostseeküste

gebracht. Recherchen vor Ort haben nun ergeben, dass die Polizei ab dem 15. Februar wieder anrücken wird: Es gäbe zahlreiche Vorreservierungen für Hotels und Unterkünfte.

"Auch im Frühjahr werden wir wieder auf die Straße gehen, wenn die nächste Fuhrer Strahlmüll kommt", kündigen Aktivisten an. "Denn es ist kaum zu erwarten, dass in zwei Monaten eine Lösung für den Abfall gefunden wird. Und gegen diese Perspektivlosigkeit gehen wir auf die Straße!"

"Dieser Castortransport in das Zwischenlager bei Greifswald-Lubmin ist ein weiterer

Beweis dafür, dass es in Deutschland keine Lösung für radioaktive Abfälle gibt. Der Müll wird von einem Ort zum anderen gekarrt und für einige Jahre in angeblich sicheren Behältern und angeblich sicheren Lagerhallen abgestellt. Das Entsorgungsproblem wird auf die kommenden Generationen abgewälzt, die sich den in wenigen Jahrzehnten maroden Castorbehältern annehmen müssen. Es gibt weltweit keine Lösung für den Müll. Die einzige Lösung ist das sofortige Beenden der Produktion von weiterem Müll. Also die Stilllegung der Atomanlagen. Wir stellen uns quer!"

Lubmin: "Zwischen"-lager bis 2080

Für das atomare Zwischenlager Nord in Lubmin, in das kürzlich Castorbehälter rollten, gibt es bereits eine Finanzplanung des Bundes bis zum Jahr 2080. Weil bundesweit kein Atommüllendlager in Sicht sei, müsse man mit verlängerten Zwischenlagerzeiten rechnen, die zusätzlich Geld kosteten: 1 Milliarde Euro. Atomkraftgegner hatten bereits im Vorfeld des Atommülltransports vor einem defacto Endlager in Lubmin gewarnt.

Gerade erst sind die Castorproteste um das Zwischenlager Nord bei Lubmin über die Bühne, da scheinen sich die düstersten Visionen zu bewahrheiten: Der Bund bereitet offenbar eine langfristige Nutzung des Zwischenlagers vor.

Der Bundestags-Haushaltsausschuss habe eine bis 2080 reichende Finanzplanung bestätigt, sagte der scheidende Chef der bundeseigenen Betreibergesellschaft Energiewerke Nord, Dieter Rittscher. Danach seien von 2013 bis 2080 für den Betrieb des Zwischenlagers eine weitere Milliarde Euro nötig.

Vorgeschrieben ist eine maximale Laufzeit von 40 Jahren ab der Einlagerung des ersten Atommüllbehälters, was für Lubmin ein Ende der Lagerung im Jahr 2039 bedeutet.

Rittscher begründete die Planungen mit der offenen Endlagerfrage. Deutschland habe sich des Problems sehr spät angenommen. "Alle

Zwischenlager in Deutschland müssen verlängert werden", so Rittscher. Selbst wenn ein Endlager 2040 in Betrieb gehe, müssten je nach Dauer der Laufzeitverlängerung deutschlandweit 15 000 bis 20 000 Tonnen Brennelemente eingelagert werden. Dies werde einen Zeitraum von 40 bis 50 Jahren beanspruchen.

In dem einzigen bundeseigenen Zwischenlager sind inzwischen 69 Castoren deponiert. Eine Verlängerung der Einlagerung ist noch nicht offiziell beantragt. Ein solcher Antrag lohne sich aber nach Worten Rittschers erst zehn Jahre vor dem Ablauf der jetzigen Genehmigung - das wäre 2029.

Vor Ort mobilisiert sich der Widerstand gegen die "Endlager"-Pläne. Rollt im Februar der nächste Castortransport aus Karlsruhe in das Zwischenlager, dann wird das auf Protest stossen.

In Lubmin offenbart sich die Planlosigkeit der Verantwortlichen bei der Lösung der Endlagerfrage in Deutschland: Es gibt keine!

Nicht nur Lubmin, auch die Castor-Hallen in Ahaus und Gorleben werden zum Dauerlager für hochradioaktive Abfälle, das ist eine bisher unbeachtete Folge der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, unterstreicht die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Nach dem Beschluss von Schwarz-Gelb, die Laufzeiten für jüngere Atomkraftwerke

bis mindestens 2040 zu verlängern, sei es eine einfache Rechenaufgabe: Rund 5 Jahre müssen die abgebrannten Brennelemente in Kühlbecken abklingen, danach folgt eine Abkühlung in den oberirdischen Lagerhallen von rund 30 Jahren und mehr, bevor die hochradioaktiven Abfälle endlagerfähig wären. Eine Dauerlagerung bis zum Jahr 2080 ist von daher eine realistische Größe, sofern der Reaktorbetrieb nicht gestoppt wird. Die Entwicklung in Gorleben weg vom Zwischen- und hin zum Dauerlager sei mit verschiedenen Änderungsgenehmigungen bereits vorgezeichnet worden.

"Billigend werden die damit verbundenen Risiken in Kauf genommen – die Castoren sind eine Büchse der Pandora, denn die Behälter müssen für die Vorbereitung auf eine Endlagerung eines Tages wieder geöffnet werden. Wie wirken Restfeuchte und Neutronenbeschuss auf die metallischen Stoffe bzw. die Festigkeit der Glaskokillen, wenn die Lagerzeit kurzerhand um das Doppelte verlängert wird? Das ist überhaupt nicht erforscht und für uns ein Grund mehr, für den Sofortausstieg zu plädieren", resümiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Wir fordern die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke - kein weiterer Müll darf produziert werden!



Um Gorleben weniger Geburten von Mädchen

Sozialministerin muss schnellstens Klarheit schaffen

Der Landtagsabgeordnete der Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag, Kurt Herzog, wies darauf hin, dass auch im Umfeld um die Atomanlagen in Gorleben in den vergangenen Jahren deutlich weniger Mädchen geboren wurden als Jungen. „Grundsätzlich deckt sich dieses Phänomen mit dem an der Asse. Das geht aus der neuen Studie hervor, in der 32 Standorte von deutschen und schweizerischen Atomanlagen darauf untersucht wurden“, sagte Herzog. Nach den in der Studie aufgeführten Daten seien in einem Radius von 35 km seit dem Jahre 2000 rund um die Gorlebener Anlagen 1753 Jungen und 1573 Mädchen geboren worden. Ob dies schon als signifikante Abweichung von der erwarteten Anzahl ist,

werde genauer untersucht werden müssen, forderte Herzog.

„Im Landtag versprach Sozialministerin Aygül Özkan (CDU) in der Fragestunde, dass es ein kleinräumiges Monitoring im Bereich der Atomstandorte geben solle. Da muss dann aus meiner Sicht Gorleben sofort mit einbezogen werden, und zwar sowohl was Krebszahlen, als auch was die „verlorenen Kinder“ angeht.“ Wichtig seien deshalb auch die Zahlen aus den Jahren vor Inbetriebnahme des Gorlebener Faß- und Transportbehälterlagers, um zu ergründen, ob ein ähnliches Ungleichgewicht zwischen Jungen und Mädchen auch schon früher vorhanden gewesen sei oder nicht.

Die Studie des Helmholtzzentrums Mün-

chen aus dem September 2010 kommt zu dem Ergebnis, dass im 35-km Radius um die untersuchten Atomanlagen insgesamt ca. 15000 weniger Mädchen geboren wurden als Jungen. Dieser Effekt sei der gleiche, der schon nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl und nach den Atomwaffentests der 1950er Jahre beobachtet worden war.

Der Strahlenexperte Dr. Sebastian Pflugbeil gehe, so Herzog, davon aus, dass die Zahl der so genannten „verlorenen Kinder“ aufgrund von global freigesetzter ionisierender Strahlung bei mehreren Millionen liegen könnte.

„Die Sozialministerin muss sofort handeln. Die Zeit des Leugnens eindeutiger Hinweise ist vorbei“, so Herzog.

Kein Atommülltransport durch Ludwigslust

Die Merkel - Regierung und das Atomkartell behaupten zwar ständig, dass im Zwischenlager Nord lediglich Atomschrott der DDR - Anlagen gebunkert werden soll. Eine verbindliche, demokratisch legitimierte und von den kommunalen Gremien in Ostvorpommern durchsetzbare Regelung dafür gibt es jedoch nicht. Vielmehr wurden Transporte mit hochradioaktivem Abfallmaterial aus Bundesländern der Alt - BRD nach Lubmin ermöglicht. Und über das Netzwerk des nuklear - industriellen Komplexes können die Betreiber der Atomkraftwerke mittels der EWN - GmbH des Bundes in jede beliebige Atommülldeponie ihren Atommüll verschieben. Dort wird er 50 Jahre oberirdisch strahlen und sich dabei soweit abkühlen, bis er unterirdisch in ein sogenanntes „Endlager“ verstaubt werden kann. Mithin sollen die Betonhüllen der Lubminer Reaktorblöcke noch 50 bis 60 Jahre stehen bleiben. Es wird also weitere und zusätzliche Castor-Transporte zur Atommülldeponie am Rande der Lubminer Heide und durch unsere Region geben. Bereits in knapp vier Wochen ist es wieder soweit. Am 16. bzw. 17. Februar soll erneut ein Atom - Castor mit hochangereichertem, waffenfähigem Atommüll durch Ludwigslust nach Lubmin rollen. Dagegen soll es wieder Protestaktionen und Mahnwachen entlang der gesamten Strecke geben. Bitte organisiert Mahnwachen, kreative und bunte Aktionen auch an kleinen Bahnhöfen bzw. gemeinsam mit den Anwohnern entlang der Strecke. Koordination wichtig. Alle Aktionen dem Kontakt - LWL mitteilen. – Bitte nicht auf den Gleisen herumlaufen. Das ist gefährlich. Beteiligt Euch an den organisierten Blockaden.

Mitte Dezember rollte Atommüll von Südf frankreich über Ludwigslust nach Lubmin. Rund 14.000 Sicherheits- und Polizeikräfte waren im Einsatz. Mehr als 70 Prozent der Menschen in Deutschland sind gegen die Atompolitik der Merkel - Regierung. Proteste und Mahnwachen entlang der Strecke begleiteten den Atomtransport. Erwin Sellering hatte sich bereits Tage zuvor als protestierender Bürger bei der

Greifswalder Demo unters Volk gemischt. Wie er als Ministerpräsident die Lagerung von Atommüll im Gesundheitsland Mecklenburg - Vorpommern verhindern will, erklärte er hingegen nicht. Verschrottung und Einlagerung des Atommülls im Lubminer Zwischenlager kosten inzwischen mehr als 3 Milliarden Euro. Das entspricht mehr als 2.000 Euro / Einwohner M-V. Hingegen haben Landesregierung und die kommunalen Gremien in Ostvorpommern keinen entscheidenden Einfluss auf die Einlagerung des strahlenden Mülls der Atomkonzerne: Das Bundesfinanzministerium ist alleiniger Gesellschaf-

maliger E.ON - Manager hat er gute Kontakte zur Atomlobby. Röttgen holte Hennenhöfer in sein Ministerium. Hennenhöfer war bereits vor seinem E.ON - Job unter Umweltministerin Angela Merkel Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit. Hennenhöfer nahm an der geheimen Runde im Bundesfinanzministerium, dem Eigentümer der EWN, teil. Dort organisierte er mit dem Kartell des Atomstroms, RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall, die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke.

Mittlerweile hat der Haushaltsausschuss des Bundestags eine bis 2080 reichende Finanzpla-



ter der Lubminer Energiewerke Nord (EWN) und deren Atommülldeponie.

Überdies haben sich die Energiewerke Nord im Netzwerk der Atomkonzerne zum weltweit führenden Spezialisten für das Verpacken und Einlagern von Atommüll entwickelt. Die EWN haben nach der Übernahme des Forschungszentrums Jülich (NRW) und der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) auch eine 25 % - Beteiligung an der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) übernommen. Diese betreibt aufgrund eines Exklusivvertrages das Erkundungsbergwerk Gorleben sowie die Atommüllanlagen ‚Schacht Konrad‘ und Morsleben. Die restlichen 75 Prozent der DBE - GmbH gehören der Gesellschaft für Nuklear - Service (GNS). Diese entwickelte unter der Projektleitung von Dieter Rittschner die CASTOR - Behälter für Atomschrott. Danach wurde Rittschner 1996 in Lubmin EWN - Vorstand. Zum GNS - Unternehmensverbund gehören auch das Brennelementlager Gorleben, das Brennelementzwischen lager Ahaus und weitere Dienstleister im Atommüllgeschäft. Gesellschafter der GNS sind die Betreiber der Atomkraftwerke E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall sowie die Südwestdeutsche Nuklearentsorgungs - GmbH (SNE) in Stuttgart. Die SNE gehört mehrheitlich wiederum den Atomstromkonzernen E.ON und EnBW.

In diesem demokratisch nicht legitimierten Atomimperium gehören die Lubminer Energiewerke Nord zu den weltweit größten Eigentümern von Atommüll. Strippenzieher ist ein alter Bekannter der Atomlobby: Gerald Hennenhöfer, Leiter der Abteilung für Reaktorsicherheit im Umweltministerium. Als ehe-

nung für den EWN - Atommüll bestätigt. Diese langfristige Planung ist Folge der ungelösten Endlagerfrage. Daher wird es für alle Atommüllhaldden in Deutschland ebenfalls Verlängerungen geben müssen. Das wiederum ist eine Folge der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Selbst wenn ein Endlager 2040 in Betrieb gehen könnte, müssten wegen der Laufzeitverlängerung deutschlandweit rund 20.000 Tonnen Brennelemente eingelagert werden.

Die Betreiber der Atomkraftwerke, RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall, haben folglich ein großes Interesse an einer zügig und ohne Bürgerbeteiligung durchsetzbaren Lösung für die Endlagerung ihres Atommülls. Diese ‚Drecksarbeit‘ für den nuklear - industriellen Komplexes hat offenbar die Lubminer EWN - GmbH übernommen. Und diese hat inzwischen mehr als reichlich Atomschrott für die Atommülldeponie ‚Schacht Konrad‘ in Salzgitter. Denn daran ist die EWN - GmbH mittlerweile ebenfalls mit 25 Prozent beteiligt.

Mit juristischen Tricks und der EWN - GmbH des Bundesfinanzministeriums im Gefolge könnten die Betreiber der Atomkraftwerke so schließlich Gorleben und Lubmin ohne jegliche Erkundung, ohne Bürgerbeteiligung und ohne demokratische Legitimation als Endlager für Atommüll und für weitere Erfordernisse der Atommüllverschiebung ausbauen. Dennoch bliebe die Risikohaftung zunächst auf die bundeseigene GmbH beschränkt. Folgeschäden und Folgekosten jenseits der beschränkten GmbH-Haftung hätten letztlich jedoch die Allgemeinheit zu tragen.

Kontakt - LWL: Telefon: 0 38 75 4 / 20 14 1.
Emailkontakt: info@oekonova-haus.de



25 Jahre Folgen der Tschernobyl-Katastrophe Bilanz gesundheitlicher und ökologischer Schäden

Auch ein Vierteljahrhundert nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl werden die Folgen verdrängt, vertuscht, verharmlost und bagatellisiert.

Atomlobby und Politiker reden die Gefährdung durch Niedrigdosisstrahlung mit gezielter Propaganda und beharrlichem Verschweigen der Risiken klein. Knapp 25 Jahre nach Tschernobyl werden in unserem Land gegen den erklärten Willen der Bevölkerung die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängert.

Vom 5.-8.4. lädt die Gesellschaft für Strahlenschutz in Kooperation und mit Unterstützung durch die ukrainische Association „Physicians of Chernobyl“, die deutsche Sektion der IPP-NW und des European Committee on Radiation Risk (ECRR) auf dem Campus Virchow Klinikum der Charité in Berlin zu einem wissenschaftlichen internationalen Kongreß

„25 Jahre Folgen der Tschernobyl-Katastrophe: Bilanz gesundheitlicher und ökologischer Schäden“

Besondere Aufmerksamkeit soll den Nicht-Krebserkrankungen und den genetischen Folgen der Katastrophe gewidmet werden. Die Referenten kommen unter anderem aus der Ukraine, Rußland, Weißrussland, Deutschland und England. Die Vorträge und Diskussionen werden simultan übersetzt. Anmeldungen von Vorträgen und Postern werden noch bis Ende Januar 2011 erbeten.

Das detaillierte Programm ist in Vorbereitung und ab Februar/März 2011 hier zu finden:

www.strahlentelex.de



Nach neuer Panne: NRW Rot-Grün soll UAA-Betriebsgenehmigungen aufheben

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat gemeinsam mit seiner örtlichen Mitgliedsinitiative, dem Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, erneut die sofortige Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) gefordert. Anlass ist schon wieder ein Zwischenfall in der Anlage, der sich bereits am 5. Januar ereignet hat. Erst heute (11.01.) wurde die Öffentlichkeit vom NRW-Wirtschaftsministerium über das Vorkommnis informiert. Nach Information des Wirtschaftsministeriums startete ein dieselsebetriebenes Notstromaggregat nicht.

Zuletzt hatte sich im Herbst bei der Uran-

anreicherungsanlage eine Panne ereignet. Und im Januar 2010 hat sich der bisher schwerste Störfall in der UAA Gronau ereignet.

Laut BBU erinnern die Störfälle bei der Urananreicherungsanlage zunehmend an die Pannenserien bei den Hanauer Atomanlagen, die letztlich stillgelegt wurden. Der BBU, der AKU Gronau und weitere Initiativen und Verbände erwarten endlich ein schärferes Vorgehen der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf gegen die Urananreicherungsanlage. Die Betriebsgenehmigungen sollen aufgehoben und die zahlreichen, hochgefährlichen Urantransporte von und nach Gronau sollen

verboten werden, bevor es erneut zu einem ersten Störfall kommt.

Ebenso wie die Pannen in der Urananreicherungsanlage reißen die Protestaktionen gegen die UAA Gronau nicht ab. Am 2. Januar hatten sich Anti-Atomkraft-Initiativen aus verschiedenen Orten zum Neujahrspiegel an der Anlage getroffen. Und bereits jetzt werden Aktivitäten zum 25. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe vorbereitet (Ende April).

Weitere Informationen über die Gefahren der Urananreicherung gibt es im Internet unter www.aku-gronau.de und www.urantransport.de.
Tel.: AKU Gronau 02562-23125

Neujahrstauchen gegen Atomkraft und gegen neue Atomkraftwerke

Das Aktionskomitee „Borssele 2 Nee“ hat am Neujahrstag am Nordseestrand im Bereich des Atomkraftwerk's Borssele gegen die Nutzung der Atomenergie und gegen den drohenden Bau weiterer Atomkraftwerke am Standort Borssele demonstriert. Das Aktionskomitee hatte zum „Neujahrstauchen“ eingeladen. Rund 30 Mitglieder verschiedener Anti-Atomkraft-Initiativen folgten der Einladung und erschienen in Badekleidung. Allerdings wurde das Neujahrstauchen abgeblasen, da das Wasser mit 4 Grad nach Angaben der Aktions-Veranstalter „zu warm“ gewesen ist. Bei einer Wassertemperatur von 4 Grad sei kein erfrischendes Neujahrabad möglich, so das Aktionskomitee. Die relativ hohe Wasser-

temperatur sei auf das warme Abwasser des Atomkraftwerk's zurück zu führen.

In Borssele ist das einzige kommerziell genutzte Atomkraftwerk der Niederlande in Betrieb. Derzeit laufen Genehmigungsverfahren zum Bau von zwei weiteren Atomkraftwerken am Standort Borssele. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der auch dem Aktionskomitee Borssele 2 Nee“ angehört, hatte wiederholt in der Bundesrepublik Einsprüche gegen den Bau weiterer Atomreaktoren in Borssele gemeldet und beim niederländischen Umweltministerium eingereicht. Der BBU wird sich auch weiterhin gegen den Bau neuer Atomkraftwerke in Borssele (und anderswo) engagieren;

grundsätzlich fordert der BBU die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Weitere Informationen über den Protest gegen Atomkraftwerke in Borssele gibt es im Internet unter <http://www.borssele2nee.eu>

Zur Unterstützung seines Engagements wünscht sich der BBU viele neue Bürgerinitiativen und Privatpersonen, die dem Verband beitreten. Monatlich informiert der BBU seine Mitglieder mit einem E-Mail-Newsletter über aktuelle Umweltthemen. Die Newsletter können auch auf der Internetseite des BBU unter www.bbu-online.de gelesen werden. Spenden zur Unterstützung erbittet der BBU auf sein Konto bei der Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.
Verwendungszweck: Umweltlobby 2011

Januar und später ...

- 29.1.2011, 11 – 16 Uhr, bundesweites Vorbereitungstreffen zum Tschernobyl-Jahrestag, VHS Kassel, Wilhelmshöher Allee 19-21
- 30.1.2011 14 Uhr, Demo in Jülich am Forschungsreaktor, Rurtalbahn, Abschlusskundgebung 16 Uhr vor dem FZJ-Haupttor www.westcastor.de
- 4.2.2011 15.30 bis 20 Uhr - Veranstaltung „Demokratie und Versammlungsrecht“ im Bildungszentrum Heimvolkshochschule Hustedt in Celle
- 5.2.2011 14 Uhr, Endlager-Koordinationstreffen im Wendland, Lüchow, BI-Haus
- 10.2.2011, 17 – 20 Uhr Diskussionsrunde mit Landrat Schulz „Landkreis im Abseits?“, Ratskeller Lüchow
- 12.2.2011, 14 – 17 Uhr Auftaktdemo in Greifswald, Markt www.lubmin-nixda.de,
- Castor-Alarm in Lubmin, 15.-18.2.2011**
- 14.2.2011, 10 bis 12 Uhr Öffentliche Sondersitzung Kreisverwaltung Lüchow-Dannenberg mit Norbert Röttgen im Verdo, Hitzacker, „Erkundung in Gorleben“
- 12.3. Menschenkette vom AKW Neckarwestheim nach Stuttgart www.anti-atom-kette.de
- 5.-8.4. Fachkongress „25 Jahre Tschernobyl – Bilanz medizinischer und ökologischer Schäden“ auf dem Campus Virchow Klinikum der Charité in Berlin, www.strahlentelex.de
- 8.-10.4.2011 Öffentlicher Internationaler IPPNW-Kongress „25 Jahre nach Tschernobyl – Zeitbombe Atomenergie – Atomausstieg jetzt!“ Berlin, Urania, www.ippnw.de
- 26.4.2011 25. Tschernobyl-Jahrestag (1986) - Bundesweite Aktionen
- 26.4.2011 Friedensfahrt durch Europa, www.independentwho.info
- 17.-19.5.2011 Jahrestagung Kerntechnik Congress Center Berlin www.kerntechnik.info/de/home.html
- 2.-13.6.2011 Kulturelle Landpartie (KLP), www.kulturelle-landpartie.de
- 24.7. – 6.8.2011 Tour de Natur von Hamburg nach Berlin www.tourdenatur.net

Obwohl 2010, ein Jahr mit vielen Aktionen und politischen Entscheidungen, bereits Geschichte ist lohnt sich ein kurzes Schlaglicht auf die wichtigsten Schlagzeilen aus 2010 der Gorleben Rundschau: Fachtagung in Gorleben im April, am Tschernobyl-Jahrestag Aktionen mit insgesamt mehr als 100.000 Beteiligten in Krümmel (zu dem die BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg den Krümmel-Treck entsandte), Ahaus, Biblis und der Kettenreaktion, der Schwarzbau in Gorleben wurde im Mai Thema, Parlamentarischer Untersuchungsausschuß Gorleben ging in die Startlöcher, Gas im Schwarzbau-Bergwerk Gorleben, in Berlin die Demo „richtig abschalten“ mit mehr als 50.000 TeilnehmerInnen, Gefahr- (Lauf)zeitverlängerung, Bundesweiter Streckenaktionstag an mehr als 60 Standorten, Unruhetag im Wendland nach Aufhebung des Endlager-Moratoriums, der CASTOR-Transport im November mit mehr als 50.000 TeilnehmerInnen auf der Auftaktkundgebung.

Was nicht in der Gorleben Rundschau stand war, dass die Anti-Atom Bewegung wider zu alter Breite gefunden hat. Vom Bischof bis zum Gewerkschaftsfunktionär, oder auch von SPD, B'90/Grüne, die Linke bis hin zu Kreisen innerhalb der CDU. Die „neue“ Bürgerrechtsbewegung, die sensationsheischende Medien gefunden zu haben glauben, sehen wir als das alte Lager derjenigen, denen es schon immer mißfallen hat, dass großindustrielle Finanzinteressen vor Lebensqualität gestellt werden und denen das Leben und die Gesundheit ihrer Kinder in einer lebensbejahenden und giftfreien Umwelt wichtiger war als Umsatzrekorde.

All das sorgte auch bei der Redaktion für gehörig Verwirbelung im Zeitbudget. Da die Gorleben Rundschau ehrenamtlich und hauptsächlich aus Spenden produziert wird, mußte nach diesem ereignisreichem Jahr eine kreative Pause her.

Wir hoffen, dass alle LeserInnen der Gorleben Rundschau auch in diesem Jahr, in dem der 25 Jahrestag von Tschernobyl liegt, sich gut informieren und über alle notwendigen Informationen verfügen, um aktiv am politischen Geschehen teilnehmen zu können.

Die Gorleben Rundschau und die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. steht auch in 2011 für:

**Sofortiges Abschalten aller Atomanlagen
Atomausstieg sofort!**

die Redaktion

ps Wer interessante Artikel oder Beiträge zur Gorleben Rundschau beisteuern möchte oder an unserer Zeitung mitarbeiten möchte: Wir sind immer auf der Suche nach Mitarbeitern und Beiträgen!

**Ich abonniere die
Gorleben Rundschau
will Mitglied werden ...**

ab der nächsten Ausgabe.

- () Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- () Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- () Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- () Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Zutreffendes bitte ankreuzen:

Ordentliches Mitglied () Förderndes Mitglied ()

Jahresbeitrag

Ermäßigt: 15 Euro () Familien: 60 Euro () Standard: 50 Euro ()

Andere*: Euro ()

*(freiwillig nach Selbsteinschätzung zusätzlich zu dem entsprechenden Jahresbeitrag)

Ich /Wir habe/n die Vereinssatzung zur Kenntnis genommen und erkenne/n diese an.

BLZ: / Konto-Nr.:

Name:

Adresse

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 | Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: H. Eckert

Bildmaterial: I+W Lowin, K. Horstmann

Mitarbeit: U. Buchholz, Ludger Klus, W. Ehmke, H. H. Jantzen, EA Wendland, Komitee für Grundrechte und Demokratie, K Rudek, K Herzog

Versand & Termine: L. Wente

Auflage: 1000

BI Büro: Rosenstr. 20, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

buero@bi-luechow-dannenberg.de, www.bi-luechow-dannenberg.de

Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr